

**Vertrag**  
**über Arbeitssicherheitstechnische Betreuung sowie**  
**Consultingleistungen und Beratungen im Rahmen von Bau- und**  
**Sanierungsmaßnahmen**

Zwischen

der **Technischen Universität Darmstadt**  
vertreten durch die Präsidentin  
Frau Prof. Dr. Tanja Brühl  
Karolinenplatz 5, 64289 Darmstadt  
USt-Id: DE 111 608 628  
Steuernummer: 007 226 00139

- nachfolgend „Auftraggeberin“ genannt -

und

USt-Id:  
Steuernummer:

- nachfolgend „Auftragnehmer“ genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

## § 1 Leistungsgegenstand

Der Auftragnehmer schuldet der Auftraggeberin die Erbringung von Arbeitssicherheitstechnischer Betreuung sowie Beratungsleistungen. Die den Auftragnehmer treffenden Verpflichtungen ergeben sich – neben diesem Vertrag – insbesondere aus der Anlage 1 (Leistungsbeschreibung), ergänzt durch die Anlage 2 (AN- Konzept Reaktionszeiten), Anlage 3 (AN-Konzept Personaleinsatz), Anlage 4 (AN-Konzept Wissensmanagement) auf dem vollumfänglichen Bezug genommen wird.

## § 2 Vertragsgrundlage / Rangfolgeregelung

Für die Leistungserbringung und alle damit im Zusammenhang stehenden Rechte und Pflichten gelten die nachfolgenden Vertragsbestandteile mit den dort enthaltenen Regelungen. Im Falle von Widersprüchen gilt als Rangfolge:

1. dieser Vertrag
2. Leistungsbeschreibung nebst der Anlagen L1 bis L3 (**Anlage 1**)
3. AN-Konzept Reaktionszeiten (**Anlage 2**)
4. AN-Konzept Personaleinsatz (**Anlage 3**)
5. AN-Konzept Wissensmanagement (**Anlage 4**)
6. Preisblatt (**Anlage 5**)
7. die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen – Teil B der Verdingungsordnung für Leistungen – VOL/B in der jeweils gültigen Fassung
8. die Besonderen Vertragsbedingungen Tariftreue und Mindestentgelt nach HVTG (**Anlage 6**),
9. Hausordnung der Technischen Universität Darmstadt in der jeweils aktuellen Fassung (**Anlage 7**),
10. Brandschutzordnung und Notfallinformationen der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 8**)
11. Informationen zum elektronischen Rechnungseingang an der Technischen Universität Darmstadt (**Anlage 9**)

Vertragsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Bestandteil dieses Vertrages, auch wenn die Auftraggeberin einer Einbeziehung dessen nicht ausdrücklich widerspricht.

## § 3 Leistungen und Pflichten des Auftragnehmers

(1) Die Erbringung der Aufgaben und Leistungen durch den Auftragnehmer erfolgt sachgerecht, sorgfältig und gewissenhaft nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung und unter Berücksichtigung der allgemein anerkannten Regeln sowie unter Beachtung aller behördlichen und gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen zum Zeitpunkt der Leistungserbringung.

Der Auftragnehmer arbeitet eigenverantwortlich, gegebenenfalls in Abstimmung mit der Auftraggeberin und haftet für die Vollständigkeit und sachliche Richtigkeit aller von ihm zu erbringenden Leistungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einschlägige Vorschriften, Verordnungen, Normen und Unfallverhütungsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber eigenständig auf die Erfüllung sämtlicher durch Gesetz oder sonstigen Rechtsvorschriften geforderten Aufgaben der arbeitssicherheitstechnischen Betreuung hinzuweisen. Sofern tatsächlich aufgrund dieser Vorschriften weitere über den in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) geregelten Aufgabenkatalog hinausgehende Tätigkeiten erforderlich sein sollten, ist vom Auftragnehmer darauf unverzüglich hinzuweisen und die Durchführung dieser durch den Auftragnehmer mit dem Auftraggeber abzustimmen.

#### **§ 4 Personal**

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sein Personal nach Maßgabe der Regelungen in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) zu organisieren, auszustatten und zu leiten. Das disziplinarische und arbeitsvertragliche Weisungsrecht für das im Rahmen dieses Vertrags eingesetzte Personal des Auftragnehmers liegt ausschließlich beim Auftragnehmer.

(2) Für alle Tätigkeiten im Rahmen der vertraglich vereinbarten Leistungen hat der Auftragnehmer nach Maßgabe der Regelungen in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) nur entsprechend fachlich qualifiziertes, zuverlässiges Personal einzusetzen sowie sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal sich auf Verlangen jederzeit vor Ort mit Lichtbildausweis ausweisen kann.

(3) Der Auftragnehmer ist berechtigt zur Erfüllung dieses Auftrags eingesetztes Personal während der Vertragslaufzeit auszuwechseln. In diesem Fall ist er verpflichtet den Wechsel der Auftraggeberin unverzüglich anzuzeigen und seine neu eingesetzten Mitarbeitenden gegenüber der Auftraggeberin namentlich zu benennen und entsprechende Nachweise zur Qualifikation dieses der Auftraggeberin vorzulegen. Für die neu eingesetzten Mitarbeitenden gelten ebenfalls die Regelungen der Absätze (1) und (2).

(4) Der Auftragnehmer sichert die Einhaltung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung zu. Ferner sichert er hiermit zu, bei der Leistungserbringung an alle ihm aufgrund des Mindestlohngesetzes (MiLoG) obliegenden Pflichten in seinem Betrieb vollumfänglich einzuhalten. Die vorgenannten Vorgaben gelten in gleicher Weise für etwaige Nachunternehmer (vgl. § 10). Es gilt außerdem das Hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz.

#### **§ 5 Durchführung**

(1) Der Auftragnehmer erbringt seine Leistungen in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin. Er plant sein Personal entsprechend dieser Vorgaben ein.

(2) Die Auftraggeberin stellt dem Auftragnehmer alle ihr zugänglichen und für den Auftragnehmer zur Leistungserbringung erforderlichen Informationen zur Verfügung.

#### **§ 6 Vergütung und Rechnungsstellung**

(1) Die von der Auftraggeberin an den Auftragnehmer zu zahlende Vergütung richtet sich nach dem Preisblatt (Anlage 5) zzgl. einer etwaig anfallenden gesetzlichen USt. sowie der Leistungsbeschreibung (Anlage 1). Sie wird monatlich fällig. Der Auftragnehmer muss die Rechnung aufgeschlüsselt nach den einzelnen erbrachten Leistungen erstellen.

(2) Abrechnungsgrundlage für die arbeitssicherheitstechnische Betreuung sowie Beratungsleistungen sind die vom Auftragnehmer gemäß § 3 Absatz 3 dieses Vertrages

jeweils tatsächlich erbrachten Stunden für die einzelnen Tätigkeitsbereiche, innerhalb des von der Auftraggeberin beauftragten Stundenkontingents.

(3) Die im Preisblatt angegebenen Preise sind Festpreise, die für die gesamte Dauer des Vertragsverhältnisses gelten. Eine Preisanpassung während der Vertragslaufzeit ist nicht möglich. Ausgenommen von dieser Regelung ist eine etwaige Änderung des jeweils maßgeblichen Umsatzsteuersatzes.

(4) Wegezeiten werden nicht als Einsatzzeiten angerechnet. Alle Leistungen sowie Nebenkosten sind mit dem vereinbarten Preis gemäß Preisblatt (Anlage 5) abgegolten. Vereinbarte Termine zur Erbringung von Leistungen, die seitens einer der Parteien gemäß der nachfolgenden Regelungen abgesagt wurden, werden nicht vergütet. Vereinbarte Termine für Beratungsleistungen, Begehungen, Projekttag, Workshops, Seminare Vorträge, etc. sind bis spätestens 5 Werktage (Montag bis Freitag) vor dem Termin von der AG abzusagen. Werden diese Absagezeiten nicht eingehalten, hat der Auftragnehmer zur Geltendmachung der ihm hierdurch entstanden Kosten auf Basis seines Angebots den Nachweis hinsichtlich Art und Höhe des ihm hierdurch entstandenen Kostenaufwands zu führen.

(5) Die Rechnungen hat der Auftragnehmer so auszustellen, dass er hierbei die Leistungen den einzelnen Fachbereichen bzw. Organisationsstellen der Auftraggeberin gemäß „Kostenstellenstruktur der TU Darmstadt“ (**L2 zur Leistungsbeschreibung**) kapitelweise zuordnet.

(6) Der Auftragnehmer erstellt separate Rechnungen für die Leistungen zu den Bereichen „Consulting“, „Grundbetreuung“, „Betriebsspezifische Betreuung“ oder „Baumaßnahmen“. Hierbei übernimmt er die entsprechenden Festlegungen der Auftraggeberin beim Leistungsabruf. Der Rechnungsadressat ist immer der direkte Leistungsempfänger

(7) Der AN hat der AG (Dezernat IV) zur stetigen Überwachung des Auftragsvolumens auch die Kostenrechnungen zu Aufträgen anderer Leistungsempfänger in Kopie zur Kenntnis zu geben.

(8) Die Rechnungsstellung erfolgt im Rahmen der elektronischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen gem. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung für das Land Hessen sowie dem Gesetz zur Umsetzung der europäischen Richtlinie 2014/55/EU über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen (**Anlage 9**).

## **§ 7 Schlechtleistung**

(1) Schlechtleistungen des Auftragnehmers werden von der Auftraggeberin gerügt und sind innerhalb einer angemessenen Frist, in der Regel aber unverzüglich, zu beheben.

Als Schlechtleistung gilt insbesondere:

- Nicht (rechtzeitiges) Erscheinen eines Mitarbeitenden zu den Präsenzzeiten bei der Auftraggeberin, Terminen o.ä. ab 30 Minuten, es sei denn der Auftragnehmer oder dessen Mitarbeitenden haben die Verspätung nicht zu vertreten.
- Nicht vertragsgemäßes Auftreten der Mitarbeitenden.
- Nicht vertragsgemäße Erreichbarkeit von Mitarbeitenden.

(2) Hat die Auftraggeberin den Auftragnehmer innerhalb von drei Monaten zwei Mal wegen Schlechtleistungen berechtigt gerügt, ist die Auftraggeberin beim Vorliegen der dritten Schlechtleistung berechtigt, den Auftragnehmer abzumahnern. Dasselbe gilt, wenn eine gerügte Schlechtleistung weiter andauert und der Auftragnehmer diese nicht behebt und eine von der Auftraggeberin gesetzte angemessene Nachfrist fruchtlos verstrichen ist.

## **§ 8 Vertragslaufzeit**

(1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von 24 Monaten.

(2) Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag zweimal um jeweils weitere 12 Monate zu verlängern. Die Entscheidung hierüber wird dem Auftragnehmer bis spätestens 3 Monate vor Ablauf der regulären bzw. erstmalig verlängerten Laufzeit mitgeteilt. Für die Ausübung des Rechts zur Vertragsverlängerung gilt die Schriftform.

(3) Die Höchstmenge über die gesamte Vertragslaufzeit von 48 Monaten beträgt:

- Los 2: 12.000 Stunden,

Eine Abnahmegarantie ist hiermit nicht verbunden. Nach Ablauf der Gesamtlaufzeit von maximal 48 Monaten bzw. mit Erreichen der je Los angegebenen Höchstmenge – je nachdem was früher eintritt – endet der Vertrag automatisch, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

(4) Die Auftraggeberin kann innerhalb der ersten sechs Monate den Vertrag jederzeit unabhängig vom Vorliegen von wichtigen Gründen mit einer Frist von 4 Wochen zum Monatsende, frühestens jedoch zum 30.06.2027, kündigen.

(5) Im Übrigen ist eine ordentliche Kündigung des Vertragsverhältnisses während der Laufzeit des Vertrages ausgeschlossen.

(6) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund für die Auftraggeberin liegt insbesondere dann vor, wenn

- über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren bzw. ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt ist, ein solches Verfahren eröffnet oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird.
- nach Vertragsschluss Interessenskonflikte und/oder berechtigte Zweifel im Hinblick auf die Zuverlässigkeit, Eignung und die Unabhängigkeit des Auftragnehmers oder eines seiner Mitarbeiter auftreten, die eine Erbringung der vertraglich geschuldeten Leistungen durch den Auftragnehmer gefährden oder für die Auftraggeberin unzumutbar machen.
- ein Verstoß gegen § 9 (Vertraulichkeit) vorliegt.
- das eingesetzte Personal nicht über die gemäß der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) geforderte berufliche und fachliche Qualifikation verfügt.
- der Auftragnehmer gegen eine wesentliche vertragliche Verpflichtung verstößt, die für sich alleine betrachtet die Auftraggeberin nicht zum Ausspruch einer außerordentlichen Kündigung des Vertragsverhältnisses berechtigt, und der Auftragnehmer das pflichtwidrige Verhalten trotz Abmahnung innerhalb von 6 Monaten ab Zugang der Abmahnung wiederholt oder das pflichtwidrige Verhalten nicht innerhalb einer von der Auftraggeberin gesetzten angemessenen Frist abstellt.

§ 627 BGB bleibt unberührt.

(7) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

## **§ 9 Vertraulichkeit**

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz einzuhalten und alle Informationen sowie Unterlagen, die er im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bei der Auftraggeberin erhält, streng vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Er verpflichtet sich insbesondere bei der Verarbeitung personenbezogener Daten die Vorschrift der DSGVO, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes einzuhalten sowie Maßnahmen zum Schutz der Daten umzusetzen. Dies gilt insbesondere für Art. 5 DSGVO. Der Auftragnehmer wird seine Mitarbeitenden entsprechend verpflichten und der Auftraggeberin auf deren Verlangen die Verpflichtung nachweisen.

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die gleichen Geheimschutzregeln zu beachten, wie sie der Auftraggeberin obliegen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich daher, die für ihn tätigen Mitarbeitenden förmlich nach dem Verpflichtungsgesetz vom 02.03.1974 (Bundesgesetzblatt I, Seite 469, 547), über alle Angelegenheit, die ihm in Rahmen der Betreuung und Beratung der Auftraggeberin bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren. Die entsprechenden Niederschriften werden der Auftraggeberin auf Verlangen in Kopie zur Verfügung gestellt.

(3) Dem Auftragnehmer überlassene Dokumente und Unterlagen sind so aufzubewahren, dass sie nur für Zwecke der Vertragserfüllung zugänglich sind; diese sind zum Vertragsende zurückzugeben. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er der Auftraggeberin zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten, soweit dies zur Erfüllung zwingender rechtlicher Vorschriften erforderlich ist. Darüber hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin zu informieren.

(4) Die in Ausübung der arbeitssicherheitstechnischen Betreuung gemachten Aufzeichnungen über die Festlegung und getroffenen Maßnahmen sind nach Beendigung des Vertragsverhältnisses gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen aufzubewahren. Diese sind an die Auftraggeberin zu übergeben.

(5) Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet, alle Daten, die ihm im Rahmen der Durchführung des vorliegenden Vertrags zur Kenntnis gelangen, weder außerhalb der Zweckbindung des Vertrags zu verarbeiten, noch sie bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind solche Daten, die der Auftragnehmer aus öffentlich zugänglichen Quellen bezieht.

(6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich dem behördlichen sowie ggfs. auch dem hessischen Datenschutzbeauftragten und den von diesem eingesetzten Bediensteten Zugang zu den Arbeitsräumen zu gewähren und unterwirft sich der Kontrolle nach Maßgabe des HDSIG in seiner jeweiligen Fassung. Der Auftragnehmer benachrichtigt die Auftraggeberin, bevor eine angekündigte Kontrolle stattfindet.

(7) Sollten Daten der Auftraggeberin oder ihrer Beschäftigten beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahmung), durch eine Insolvenz- oder Vergleichsverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin hiervon unverzüglich zu verständigen.

(8) Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit bestehen auch nach der Beendigung des Vertrages fort.

## **§ 10 Unterauftragnehmer**

Unterauftragnehmer dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Auftraggeberin eingesetzt werden. Die Auftraggeberin kann ihre Zustimmung in begründeten Fällen (z.B. mangelhafte Leistungserbringung) jederzeit widerrufen. Der Auftragnehmer muss in jedem Fall nachweisen, dass die Pflichten, die sich aus diesem Vertrag ergeben, auch mit dem Unterauftragnehmer vereinbart worden sind.

Der Auftragnehmer haftet dafür, dass der Unterauftragnehmer alle erforderlichen Genehmigungen und Rechte besitzt, die für die Vertragserfüllung benötigt werden und stellt die Auftraggeberin von allen Schadensersatzansprüchen, vertraglichen und gesetzlichen Ansprüchen Dritter, die aus dem Vertragsverhältnis entstehen, frei.

## **§ 11 Gesetzesänderungen**

Den Vertragsparteien ist bekannt, dass das Arbeitssicherheitsgesetz und die dem Arbeitsbereich des Auftragnehmers gemäß Leistungsbeschreibung zugeordneten Aufgaben durch gesetzliche Vorschriften geändert werden können. Sofern sich hierdurch Aufgaben für den Auftragnehmer ändern, wird dieser Vertrag in Bezug auf die zu erbringenden Leistungen, unter Beibehaltung des vereinbarten Preisgefüges, entsprechend angepasst.

## **§ 12 Haftung**

Der Auftragnehmer haftet für Schäden nach den gesetzlichen Vorschriften.

Erbringt der Auftragnehmer eine vereinbarte Leistung bzw. einen vereinbarten Termin nicht, so gerät der Auftragnehmer hierdurch in Verzug, es sei denn er hat dies nicht zu vertreten. Entstehen dem Auftraggeber dadurch Kosten (beispielsweise für das Anmieten von Räumen und Stellen von Wachpersonal für eine Impfaktion, etc.), so hat der Auftragnehmer die dem Auftraggeber entstandenen Kosten zu ersetzen.

## **§ 13 Versicherung**

Der Auftragnehmer haftet für die durch ihn und seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursachten Personen-, Vermögens- und Sachschäden, die in Erfüllung und Gelegenheit der vertraglichen Verbindlichkeiten entstehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen und diese für die gesamte Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Diese Versicherung muss die Haftung für alle im Rahmen und/oder im Zusammenhang mit den arbeitssicherheitstechnischen Leistungen entstehenden Schäden abdecken. Die Versicherung muss mindestens eine Deckungssumme  
von 3.000.000,00 € für Sach- und Personenschäden je Schadensereignis  
von 200.000,00 € für Vermögensschäden je Schadensereignis  
absichern.

## **§ 14 Vertragsänderung**

Änderungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Schriftformabrede.

## **§ 15 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Rechtswahl**

Leistungs- und Erfüllungsort ist der Sitz der Auftraggeberin. Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist – sofern gesetzlich kein anderer ausschließlicher Gerichtsstand maßgeblich ist – Darmstadt. Es gilt das deutsche Recht.

## **§ 16 Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne oder mehrere der in diesem Vertragswerk enthaltenen Bestimmungen unwirksam sein oder werden, so lässt dies im Zweifel die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Im Wege der Auslegung, Umdeutung oder Ergänzung ist eine Regelung zu finden, die den mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Zweck im Rahmen des gesetzlich zulässigen erreicht oder ihm wenigstens so nahe als möglich kommt. Die Vertragsparteien sind einander verpflichtet, die unwirksamen Bestimmungen mit Wirkung für die Zukunft durch eine entsprechende wirksame Regelung zu ersetzen. Dies gilt sinngemäß für die Schließung etwaiger Lücken.